

Kaisers EMRK-Forderung: SPÖ im Widerstand gegen Reformen!

Elisabeth Fleischanderl und Peter Kaiser diskutieren die EMRK: Notwendigkeit der Weiterentwicklung im Kontext aktueller Herausforderungen.



Berlin, Deutschland - Am 4. Juni 2025 steht die Europäische Menschenrechtskonvention (EMRK) im Mittelpunkt von Debatten innerhalb der österreichischen Politik. Die Klubobfrau der Tiroler SPÖ, Elisabeth Fleischanderl, hat die Aussagen von Kärntens Landeshauptmann Peter Kaiser interpretiert, der eine „Weiterentwicklung“ der EMRK fordert. Kaiser betont die Notwendigkeit einer sachlichen Diskussion darüber, warum ein unveränderbarer Status der EMRK bestehen bleiben sollte, obwohl sich die Rahmenbedingungen seit deren Unterzeichnung im Jahr 1950, so wie Globalisierung und Klimawandel, erheblich gewandelt haben, wie **Die Presse** berichtet.

Kaiser plädiert für eine unideologische Diskussion, um die EMRK

an neue Realitäten anzupassen und Freiheit und Sicherheit ins Gleichgewicht zu bringen. Er stellt klar, dass es ihm nicht um ein „Zertrümmern“ der EMRK geht, sondern um deren Tragfähigkeit. Bundeskanzler Christian Stocker (ÖVP) unterstützt diese Diskussion und fordert Änderungen in der Spruchpraxis des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte (EGMR), insbesondere im Bereich Migration. Stockers Vorschlag hat intern zu kontroversen Diskussionen geführt, und sowohl NEOS als auch die SPÖ haben ihn abgelehnt. Vizekanzler Andreas Babler betont, dass die Ansichten der Sozialdemokratie von Kaisers Position abweichen.

Politischer Widerstand und Meinungsvielfalt

In der politischen Landschaft kommt es zu hitzigen Debatten über die EMRK. Georg Dornauer, ein Landtagsabgeordneter der SPÖ, kritisiert diese auf der Plattform „Exxpress“ als „Einbahnstraße für Asylmissbrauch“. Fleischanderl jedoch distanziert sich von Dornauers Äußerungen und hebt hervor, dass die EMRK ein fundamentales Element des rechtlichen Zusammenlebens in Europa darstellt. Laut Fleischanderl sollte die Debatte verantwortungsbewusst geführt werden, ohne Alarmismus, aber mit einem klaren Fokus auf den Menschen und ein friedliches Zusammenleben.

In diesem Kontext hat das **Institut für Menschenrechte** klare Positionen zum Thema Menschenrechte im Migrationskontext bezogen. Nele Allenberg, die Leiterin der Abteilung Menschenrechtspolitik, warnt vor den Gefahren von Maßnahmen, die gegen europarechtliche und menschenrechtliche Verpflichtungen verstoßen könnten. Besonderes Augenmerk liegt auf den geplanten Änderungen im Asylrecht, die als Reaktion auf tödliche Vorfälle in Deutschland formuliert werden, darunter Messerangriffe in Aschaffenburg und Solingen. Diese Ereignisse haben dazu geführt, dass die Migrationspolitik in den Wahlkampf gerückt ist, und Allenberg kritisiert die pauschale Darstellung von Schutzsuchenden als

Gefahr.

Menschenrechte und Migrationspolitik

Allem Anschein nach sehen sich die Politik und Gesellschaft in Österreich und darüber hinaus mit einer Vielzahl von Herausforderungen konfrontiert, die sowohl das Asylrecht als auch die Menschenrechte betreffen. Die Debatte über eine Überprüfung der EMRK, angestoßen durch Kaiser und Stocker, bietet einen Rahmen für eine breitere Diskussion über die Balance zwischen Sicherheit und Menschenrechten in einem sich wandelnden geopolitischen Umfeld.

Die Diskrepanz zwischen den Ansichten der verschiedenen politischen Kräfte verdeutlicht die Komplexität des Themas. Während einige Politiker eine klare Linie gegenüber Asylsuchenden und Migranten fordern, lehnen andere ein solches Vorgehen ab und warnen vor den möglichen negativen Konsequenzen für die Menschenrechte. Der Dialog über die EMRK und ihre Anpassungsfähigkeit bleibt zentral, um einen verantwortungsvollen und gerechten Umgang mit dem Thema Migration zu gewährleisten.

Details	
Vorfall	Gesetzgebung
Ort	Berlin, Deutschland
Quellen	• www.dolomitenstadt.at • www.diepresse.com • www.institut-fuer-menschenrechte.de

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at